

# Der Doktor aus der eigenen Uni

Der Staatsrat legt dem Grossen Rat nächste Woche einen Bericht zur **Förderung der Hausarztmedizin** im Kanton Freiburg vor. Kernpunkte sind der Aufbau eines Masterstudiums und die Einrichtung von Praktikumsplätzen für Jungärzte.

FAHRETTIN CALISLAR

7,5 Millionen Franken würde das Masterstudium in Medizin an der Universität Freiburg im Jahr nach Abzug von Bundesgeldern kosten. Plus rund 3,5 Millionen Franken für die Lancierung. Und in einem ersten Schritt müsste der Kanton mit Investitionen in der Höhe von 45 Millionen Franken rechnen. Dies rechnet der Staatsrat in einem Bericht an den Grossen Rat zur Ausweitung des Medizinstudiums an der Uni vor. Mehrere Grossräte hatten im Zusammenhang mit dem drohenden Hausarztmangel eine Analyse gefordert.

Für den Bericht stützt sich der Staatsrat auf eine Machbarkeitsstudie. Er führt aus, dass ein solches Studium ein Vorteil für den Universitätsstandort wäre. Es wäre möglich, den Ausbau des Medizinstudiums mit der Einrichtung eines Lehrstuhls für Hausarztmedizin zu verbinden. Dieser wäre nach demjenigen in Zürich der zweite dieser Art in der Schweiz. «Das Programm würde eine Aufwertung der Hausarztmedizin sowie die Schaffung einer Professorenstelle mit sich bringen», schreibt der Staatsrat. Vorgesehen wären Lehrgänge für 40 Studierende mit Schwerpunkt auf Kommunikation, wirtschaftliches Denken, Teamarbeit und Personalführung. Daneben würde Forschung in diesem Bereich betrieben. «Daran fehlt es im Moment.» Erfahrungsgemäss wäre damit zu rechnen, dass pro Jahr zehn neue Hausärzte aus der Uni Freiburg im Kanton die Arbeit aufnehmen würden.

## Bedarf ist ausgewiesen

Pro 10 000 Freiburger zählen die Statistiker sechs Grundversorger. Damit liegt der Kanton schweizweit auf einem der hintersten Plätze. Die Nachfrage wächst mit der Bevölkerung, womit der Engpass laut dem Staatsrat immer prekärer wird. Es wurde auch einiges getan. So hat die Uni das dritte Studienjahr und den Bachelor in Medizin eingeführt. Die Zahl der Studienplätze wurde erhöht. Doch für den Abschluss müssen die Studierenden an eine andere Hochschule.

Wie die Sprecherin der Erziehungsdirektion, Marianne Meyer Genilloud, auf Anfrage ausführt, wird der geplante Medizin-Master in Freiburg von der Bundespolitik und den anderen medizinischen Fakultäten der Schweiz begrüsst. Der Bedarf sei zwar ausgewie-



Der Bedarf an neuen Hausärzten steigt. Ein Studienabschluss in Medizin in Freiburg wäre ein Beitrag gegen den Mangel.

Bild key

sen, die Finanzierung jedoch müsse noch analysiert werden, räumt der Staatsrat ein. In diesem Bereich müssten noch weiterführende Untersuchungen gemacht werden.

## Gemeinden helfen aus

Es zeige sich, dass der allgemeine Trend weg von der Einzelpraxis im Dorf und hin zu Gemeinschaftspraxen sowie der Behandlung von Patienten in den Notfallabteilungen der Spitäler gehe, so der Staatsrat. Gemeinden unterstützen mitunter Projekte für Praxen. Zuschüsse für den Aufbau medizinischer Zentren, wie sie die anfragenden Grossräte angesprochen haben, führten ausserdem zu einer Ungleichbehandlung anderer Ärzte. Ausserdem sei die Wirksamkeit nicht klar.

Jedoch könne der Kanton seine Kontakte spielen lassen, um Bürgschaften zu leisten, heisst es im Bericht. So könnten angehende Hausärzte für die kostenintensive Errichtung einer Praxis günstig zu Bankdarlehen kommen. Dies sei vergleichbar mit dem Fall anderer kleiner Unternehmen, betont der Staatsrat: «Es ist angezeigt, niederlassungswillige Ärzte an die bestehenden Fi-

nanzierungsstrukturen zu verweisen, statt neue zu schaffen.»

## Hand in Hand arbeiten

Der Staatsrat erwähnt in seinem Bericht schliesslich, dass der Bund ein weiteres Problem angehe: das im Vergleich zu Spezialisten geringere Einkommen von Hausärzten. Mit der anstehenden Reform des Tarifs könne der Grundversorger pro Konsultation mehr Geld erwarten. Das erhöhe die Attraktivität. Genauso wie die Bemühungen des Kantons, die Strukturen des Notfalldienstes der Ärzte und des Spitalnetzes zusammenzuführen.

Vorstellbar ist ein System, in dem bei einer Überlastung des Spitalnotfalls tagsüber dieser Patienten mit leichten Gebrechen an den Hausarzt verweist. Im Gegenzug könne das Spital zu Randzeiten jene Fälle übernehmen, bei denen sonst ein Pikettarzt zum Einsatz käme. Dieser müsste so nur in Spezialfällen eingreifen. Der Staatsrat weist auch auf den neuen Dienst für leichte Notfälle am Kantonsspital und auf die geplanten Permanenzen in Freiburg, Riaz und Tafers nach dem Vorbild von Merlach hin. Auch diese erleichterten den Hausärzten die Arbeit.

## Praktika: Die Praxisassistenten im Kanton soll ausgebaut werden

Ein weiterer Trumpf, den der Staatsrat zur Lösung des Hausarztmangels ausspielen möchte, ist die Praxisassistenten – ein sechsmonatiges Praktikum von Assistenzärzten des HFR bei Hausärzten. Das Konzept wird seit 2010 ausprobiert und vom Kanton versuchsshalber finanziell unterstützt (die FN berichteten). Der Bund hat aufgrund der laufenden kantonalen Projekte auf eigene finanzielle Anreize verzichtet.

Die Zwischenbilanz des Programms ist laut dem Staatsrat vielversprechend. Von bisher acht Assistenzärzten, die das Programm absolviert haben, haben vier die Tätigkeit als Grundversorger aufgenommen. Drei haben den Schritt angedeutet. Aktuell schätzt der Kanton die entstehenden Kosten für das Programm auf 360 000 Franken. Er übernimmt 80 Prozent des Mehraufwands, die Hausärzte bezahlen 20 Prozent. Der Staatsrat baut das Programm wie angekündigt aus. Die Praktikumsplätze werden von heute drei 2016 auf vier und 2018 auf

fünf erhöht. Im Februar dieses Jahres war noch von einem weiteren Schritt schon im Jahr 2017 die Rede. Damit könnten bis zu zehn Personen pro Jahr das Programm absolvieren. Zudem erhalten die Praktikanten finanzielle Hilfe für Weiterbildungen in anderen medizinischen Bereichen. Schliesslich erwägt der Staatsrat die Einrichtung der Stelle eines Koordinationsarztes, der das Programm begleitet, für die Rekrutierung zuständig ist, die Qualitätssicherung gewährleistet und das Projekt nach aussen vertritt.

Die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard hatte das Projekt auf nationaler Ebene angestossen. Sie zeigt sich auf Anfrage zufrieden und glücklich, dass der Staatsrat beschlossen hat, diesen Weg weiterzuverfolgen. Sie werde auch in Bundesbern weiterhin in diesem Sinne Druck machen. «Der Hausarztmangel ist ein Problem, das uns alle beschäftigt. Jeder, der sich mit dem Thema auseinandersetzt, ist willkommen», sagt sie. fca